

**2021/1447/100**

öffentlich

Antrag

100 - Ratsangelegenheiten, Wahlen

Bericht erstattet: AfD-Fraktion



## **Antrag der AfD-Fraktion: Reduzierung von Wahlwerbeplakaten im Homburger Stadtgebiet**

Beratungsfolge	Geplante Sitzungstermine	Ö / N
Stadtrat (Entscheidung)	16.12.2021	Ö

### **Anlage/n**

- 1 Antrag der AfD-Fraktion (öffentlich)



Fraktion im Stadtrat Homburg/Saar

AfD-Fraktion im Stadtrat Homburg,  
Steinbachstraße 103, 66424 Homburg

An den Bürgermeister der Stadt Homburg  
Michael Forster  
Am Forum 5  
66424 Homburg

Steinbachstraße 103  
66424 Homburg  
fraktion@afd.homburg.de

Homburg, den 07.12.2021

### **Antrag zur Sitzung des Stadtrates am 16. Dezember 2021**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

gemäß §41 Abs.1 KSVG beantrage ich im Namen der AfD-Fraktion die Aufnahme des folgenden Tagesordnungspunktes für die nächste Stadtratssitzung:

**TOP:** Reduzierung von Wahlwerbepublikationen im Homburger Stadtgebiet

**Beschlussvorschlag:** Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen, welche Möglichkeiten einer Begrenzung von Wahlwerbepublikationen es gibt. Die Ergebnisse und ggf. Empfehlungen werden den entsprechenden Gremien zur weiteren Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.

**Begründung:** Die Plakatierung für politische Zwecke während der Wahlkampfzeit ist ein wichtiges Instrument der politischen Parteien und Vereinigungen, um sich dem Wähler zu präsentieren. Insbesondere kleinere Parteien und politische Vereinigungen, deren Reichweite über Funk und Medien oftmals nicht vorhanden ist, sind auf die Möglichkeit der Plakatierung sehr stark angewiesen, um sich, ihre Kandidaten und politischen Ideen der Öffentlichkeit zu präsentieren.

In der Vergangenheit hat sich jedoch gezeigt, dass das allgemeine Stadtbild durch eine übermäßige Anzahl an Wahlplakaten gelitten hat. Durch das Abreißen von Plakaten und deren illegaler Entsorgung im Straßengraben oder an anderen öffentlichen Plätzen landet außerdem Kunststoffmüll in der Natur. Auch für die Herstellung der Plakate werden große Mengen an Kunststoffen benötigt, was im Gegensatz zur Willensbekundung des Stadtrates steht, aktiv zur Vermeidung von Plastikmüll beitragen zu wollen.

Daher soll die Stadtverwaltung prüfen, welche Möglichkeiten einer Reduzierung von Wahlwerbepublikationen möglichst zeitnah umgesetzt werden können. Im Idealfall wäre eine Regelung zur Reduzierung bereits für den bevorstehenden Landtagswahlkampf 2022 umsetzbar.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Loew  
Fraktionsvorsitzender